

Kapitulationen und kleine Erfolge

Deutschland bringt eine folgenreiche Ratspräsidentschaft hinter sich. Eine Bilanz | Von Ursula Münch

Die EU-Ratspräsidentschaft ist auch nicht mehr das, was sie einmal war. Diese Feststellung greift dem Urteil über die zu Ende gehende deutsche Ratspräsidentschaft nicht vor, sondern trägt den institutionellen Veränderungen Rechnung, die die EU seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon prägen. Die beim Vorsitzenden des Europäischen Rates liegende Gestaltungsmacht ging den Regierungschefs der betreffenden Mitgliedstaaten ab 2009 verloren und wurde zur Sicherung der Kontinuität auf den Präsidenten des Europäischen Rates (derzeit Charles Michel) übertragen. Die rotierende Ratspräsidentschaft darf inzwischen nur noch den verschiedenen Formationen des Ministerrates (mit Ausnahme der Außenminister) vorsetzen.

Während also der Handlungsspielraum in der zweiten EU-Ratspräsidentschaft von Angela Merkel gegenüber ihrer Ersterfahrung (Januar bis Juni 2007) deutlich schrumpfte, waren ansonsten die Voraussetzungen gegeben, um einer Empfehlung des Stabschefs (2009-2010) von Präsident Barack Obama, Rahm Emanuel, Rechnung zu tragen: „Never allow a good crisis to go to waste. It's an opportunity to do the things you once thought were impossible.“

Hatten manche Beobachter ihre unbefriedigte Sehnsucht nach einer bundesdeutschen Europa-Vision im Vorfeld noch in verschiedene Arbeitsaufträge an die deutsche Ratspräsidentschaft umzumünzen versucht, waren die Verantwortlichen – allen voran der formidable Botschafter Michael Clauß – zu deren Beginn am 1. Juli 2020 froh, nicht noch mehr selbstgesteck-

te Ziele der Pandemiebekämpfung opfern zu müssen. Neben dem Brexit-Drama, das mit der deutschen Ratspräsidentschaft dauerhaft verknüpft sein wird, ohne dass diese nennenswerten Einfluss auf seinen Verlauf hatte, kann sich die Bundesregierung vier große Themen ins Erinnerungsbuch zur Ratspräsidentschaft schreiben: In Sachen Asyl- sowie Klimapolitik fällt das Urteil höchst unterschiedlich, aber jeweils eindeutig aus: Der von der EU-Kommission vorgeschlagene neue „Pakt zur Migration“ wurde nicht beschlossen, und der deutsche Bundesinnenminister hat sein Ziel verfehlt, wenigstens eine grundsätzliche Einigung über die zukünftigen Prinzipien der europäischen Flüchtlingspolitik zu erreichen. Noch deutlicher muss die Wortwahl ausfallen, wenn man das politische Versagen angesichts der Situation in den Flüchtlingscamps an den Außengrenzen der EU benennen will: Dort haben die EU, die deutsche Ratspräsidentschaft, aber auch weite Teile

der europäischen Öffentlichkeit schändlich kapituliert.

Im Vergleich dazu erscheinen die Verhandlungsergebnisse zur europäischen Klimapolitik geradezu erfreulich. War zunächst zu befürchten, dass die Visegrad-Staaten auch dort blockieren und den Kampf gegen die Pandemie zum Anlass nehmen würden, das Ziel einer Senkung der Emissionen auszusetzen – was zum Verfehlen der Vorgaben des Pariser Klimavertrags von 2015 geführt hätte – errang die deutsche Ratspräsidentschaft die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu einem ambitionierten Klimaziel für das Jahr 2030. Dazu wurde zusätzlich zur Verknüpfung von 30 Prozent des künftigen EU-Budgets mit „grünen Themen“ ein Milliarden-Fonds eingerichtet, der den kohleabhängigen Staaten nicht nur den Wechsel zu erneuerbaren Energien erleichtern soll, sondern eben auch ihr Einverständnis.

Es gehört zu den spezifisch europäischen Kontingenzerfahrungen, dass eben diese

zwei Staaten die deutsche Ratspräsidentschaft vor eine weitere schier unlösbare Aufgabe stellten: Das Veto der Regierungen Polens und Ungarns gegen den mehrjährigen Finanzrahmen der EU sowie das Corona-Wiederaufbauprogramm „Next-GenerationEU“ als dritte große Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft wurde überwunden, indem diese eine Einigung auf die Erklärung zum sogenannten Rechtsstaatsmechanismus erzielte – eigentlich ihrem vierten Thema.

Kritiker befürchten, die getroffenen prozeduralen Zusicherungen, allen voran die juristische Überprüfung der erst noch durch die Kommission zu entwickelnden Leitlinien durch den Europäischen Gerichtshof könnten gefährliche Folgen haben: Zum einen relativiere diese den mit Blick auf die Gewaltenteilung zwischen den EU-Institutionen ohnehin anfechtbaren Rechtsstaatsmechanismus. Zum anderen werde der EuGH durch die Befassung mit

dem Konflikt endgültig politisiert. Und schließlich ist damit zu rechnen, dass Polen und Ungarn „auf den Geschmack kommen“ und das nächste Einstimmigkeitserfordernis zum Anlass nehmen, die „EU-25“ erneut zu erpressen.

Der ungarische Regierungschef verewigte sich nicht nur im Erinnerungsbuch zur deutschen Ratspräsidentschaft, sondern wagte eine kleine Einnischung in die CDU-Nachfolgeerdebatte: So verknüpfte Orbán seine Erzählung vom angeblichen Verhandlungserfolg mit dem Hinweis, seine „christlich-nationale Regierung“ nehme in die CDU unter dem Vorsitz von Helmut Kohl (1973-1998). Damit legte er nicht nur dem EVP-Vorsitzenden Manfred Weber (CSU) ein Päckchen Boshaftigkeit unter den Fraktionschristbaum. Er erinnerte zugleich seine einstigen Freunde in der Union im Vorfeld des CDU-Parteitag Mitte Januar 2021, worum es nach der Parteivorsitzenden Angela Merkel (2000-2018) auch geht: nicht nur um Personen, sondern um die Frage, welche Rolle Jahrzehnte des gesellschaftlichen Wandels bei der inhaltlichen Ausrichtung der CDU spielen sollen.



Brüsseler Spitzen-Werte: Meinungsfreiheit, Widerstandsgeist und Demokratie. Manneken Pis in Europas „Hauptstadt“

Jenseits des moralischen Imperialismus

Europa braucht die Kraft, neue Wege zu gehen – notfalls auch ohne die USA
Von Peter Brandt

Die bipolare Weltordnung der Jahre 1945 bis 1990 gehört definitiv der Vergangenheit an – eine Welt, in der zwei Hegemonen, zu Recht als „Supermächte“ charakterisiert, nicht nur eine auch geopolitisch bestimmte Mächterivalität austrugen, sondern sie zugleich unterschiedliche, sogar antagonistische wirtschaftliche, soziale und politische Systeme repräsentierten. Dieser Gegensatz war zudem viel stärker ideologisch aufgeladen als bei früheren Mächtekonstellationen und -konflikten, etwa in den Koalitionskriegen gegen das revolutionäre Frankreich um 1800 oder im Ersten Weltkrieg, als die westliche „Demokratie“ gegen die mitteleuropäische „Autokratie“ stand, jahrelang im Bündnis mit dem am ehesten autokratischen russischen Zarenismus (aus deutscher Perspektive rang die tiefgründige „Kultur“ mit der westlich-oberflächlichen „Zivilisation“ und der östlichen „Barbarei“), sogar stärker als im Krieg der angelsächsischen Mächte und der Sowjetunion gegen den faschistischen Staatenblock in der ersten Hälfte der 1940er-Jahre; denn weder das kaiserliche Deutschland noch das „Dritte Reich“ und seine Verbündeten erhoben – ungeachtet ihres Vorherrschaftsziels – einen universalistischen Anspruch. Bei den USA und der Sowjetunion hingegen verband sich das Streben nach – notfalls geteilter – Welthegemonie untrennbar mit vermeintlich menschheitsbeglückenden, im jeweiligen System fest verankerten Lehren, die mehr waren als flüchtige Camouflage eines offenkundigen Staatsegoismus. Wenn sich die amerikanische Weltmacht für die „Freiheit“ in der Welt zuständig fühlte, dann beinhaltet das die von der Elite des Landes verinnerlichte, weitgehende Identifikation eines liberalen Verfassungsdenkens mit den ökonomischen Interessen des US-Kapitalismus und mit den weltpolitischen Interessen der USA.

Die amerikanische Führungsrolle im westlichen, nicht von der Sowjetunion dominierten Teil Europas setzte sich nicht nur durch aufgrund deren enormer materieller Überlegenheit, sondern auch infolge eines neuen weltwirtschaftlichen Regimes, organisiert durch die bei Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffenen, international regulierenden Organisationen wie Weltbank, Weltwährungsfonds und Welthandelsorganisation, die dann dazu beitrugen, dass der Schwung des Wiederaufbaus in einen lang anhaltenden Boom überging. Die Installation eines liberal-kapitalistischen, aber regulierten Weltmarkts war die Lehre, die die Washingtoner *policy makers* aus der tiefen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 gezogen hatten. Dazu kamen die als Reaktion darauf erfolgenden einschneidenden Wirtschafts- und Sozialreformen der Roosevelt-Jahre, die nach dessen Tod 1945 nicht zurückgenommen, sondern ausgebaut wurden, vielfach nachholend gegenüber dem west-, nord- und mitteleuropäischen Standard. Nur deshalb konnte es gelingen, in Europa die anfangs antikapitalistischen bis kapitalismuskritischen Faktoren, namentlich die Sozialdemokratie, für die amerikanisch geführte „Weltdemokratie“ (Kurt Schumacher) zu gewinnen.

Mit „weltdemokratischem“ moralischem Imperialismus, wie ihn namentlich in der

Bundesrepublik Deutschland parteiübergreifend Politiker und Journalisten vertreten, kommt EU-Europa 2021 ff. nicht weiter. Diese Haltung betont die – in der Sache teilweise durchaus berechtigte – Kritik an der Außen- und Innenpolitik Russlands, richtet sich dabei indessen zunehmend auch gegen die missliebigen Regierungen in Polen und Ungarn; besonders haben sich das Europäische Parlament bzw. dessen Fraktionen jüngst dabei hervorgetan. Statt kritisch zu reflektieren, wieso rechtspopulistische Parteien und Politiker mit autoritären Tendenzen in freien Wahlen, seien es absolute, seien es relative Mehrheiten gewinnen können (und damit demokratisch übrigens besser legitimiert sind als die EU-Institutionen), hat man sich in selbstgerechten Anklagen und Drohungen überschlagen: Finanziell „aushungern“ (Katarina Barley), „schmerzhaft“ (Heiko Maas) zu Leibe rücken wollte man den unbotmäßigen EU-Mitgliedern, wenn sie nicht die Rechts-

staatskriterien der EU für Finanzhilfen (wo bislang andere Gesichtspunkte galten) akzeptieren. Erfreulicherweise konnte der akute Konflikt durch einen Kompromiss entschärft werden.

Gewiss brauchen wir das vereinte Europa, eine handlungsfähige, in sinnvoller Abgrenzung zur nationalstaatlichen Ebene besser funktionierende und demokratisierte Union. Wir brauchen sie nicht nur zur simplen Behauptung des Kontinents in einer sich rapide wandelnden Welt mit überwiegend abweichenden politischen und vielfach auch gesellschaftlichen Ordnungen sowie wirtschaftlichen Konkurrenz. Die Floskel von der „westlichen Wertegemeinschaft“ ignoriert dagegen, dass zwischen dem Menschenrechts- und Demokratieverständnis Europas und dem der USA gravierende Unterschiede bestehen, die sich hauptsächlich auf die Anerkennung sozialer Rechte und auf das Prinzip der Sozialstaatlichkeit beziehen. Auch wenn letztere in der finanzmarktgesteuerten Phase des Kapitalismus mit ihrer sozialen Polarisierung auch in Europa angegriffen und eingeschränkt worden ist, ist sie, anders als in Amerika, weiterhin untrennbar mit der europäischen Vorstellung und Wirklichkeit von Demokratie verbunden.

Trotz der erheblichen Schwächung des Sozialstaats und des Modells der 1940er-

bis 1970er-Jahre, des Modells einer gelenkten und regulierten Marktwirtschaft im Zuge der neoliberalen Gegenreform, darf von EU-Europa aufgrund seiner geistigen Traditionen, wirtschaftlich-technologischen und politischen Potenzen auch am ehesten erwartet werden, als Großregion ernsthaft nach einem Ausweg aus der ökologischen Existenzkrise der Menschheit sowie den wieder dramatisch zunehmenden militärischen Gefährdungen zu suchen und damit dem Rest der Staatenwelt ein lohnendes Beispiel zu liefern. Der Einwand, dass die anderen keinesfalls folgen werden, ist gleichbedeutend mit sträflicher Ignoranz gegenüber dem Ernst der Lage oder dem Eingeständnis der Hoffungslosigkeit in den zentralen Gattungsfragen.

Die Kraft, ganz neue Wege zu gehen, altes Denken zu überwinden und die damit verbundenen gesellschaftlichen Kräfte, in erster Linie die des großen Kapitals, zurückzudrängen, wird Europa indessen nicht als Juniorpartner in einer „Atlantischen Partnerschaft“ mit den USA aufbringen, jener Gesellschaft, die mehr als jede andere den gegenwärtigen Zustand mitbewirkt und von seiner Fortdauer profitiert. Diese Erkenntnis zu befördern, hätte eine unbewusst nützliche Funktion des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump sein können. Dass er das nicht vermocht hat, geht nun allerdings nicht auf sein Konto. Die Erleuchtung über Trumps Abwahl mag in vieler Hinsicht berechtigt sein – jedenfalls was das Ende der Unberechenbarkeit des Mannes im Weißen Haus betrifft –, neue Illusionen und neue Ernüchterung über die Nachfolgeregierung sind jedoch programmiert.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadeaer.

Ins Licht

Wenn ich an das neue Jahr denke, habe ich das Poster von Fox Mulder bei „Akte X“ vor Augen: *I want to believe*. Statt an Außerirdische möchte ich jedoch daran glauben, dass 2021 uns weniger Hiobsbotschaften bringt und mehr Momente der Freude und Leichtigkeit.

Mit frisch zugelassenem Impfstoff und startklaren Impfzentren strahlt bereits ein helles Licht am Ende des Coronatunnels. Der Weg dorthin wird für die meisten von uns trotzdem dauern und auch 2021 als Jahr des Aushaltens prägen. Gerade seitens der Politik sollte daher nicht nur mit einer Selbstverständlichkeit auf die Resilienz aller gesetzt und diese eingefordert werden. Sie gilt es zu stärken. Denn um weitermachen zu können, brauchen wir jede noch so kleine Dosis Hoffnung.

Sie könnte zum Beispiel so aussehen, dass sich mit dem neuen Jahr niemand um Miete oder Essen sorgen muss. Weil es ein geregelter Grundeinkommen gibt, das nicht nur ein temporäres Notfallpflaster bleibt und vor allem denjenigen Erleichterung verschafft, in deren Branchen es #AlarmstufeRot heißt. Hoffnung würde heißen, endlich alle Menschen aus den absehbaren Zuständen der griechischen Lager zu holen und würdig in Deutschland unterzubringen. Hoffnung ließe sich schöpfen, wenn dem rassistischen Anschlag von Hanau eine lückenlose Aufklärung und Konsequenzen folgen, bevor es zum Jahrestag tatenlose Phrasen gibt. Hoffnung wäre ebenso, Arbeitgeber_innen zu verpflichten, wo immer möglich Home-Office zu ermöglichen und so realistische (!) wie sichere Corona-Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Ja, vielleicht ist es Zoom-Erschöpfung. Vielleicht ist es aber auch emotional und existenziell erdrückend, weiter so produktiv sein zu müssen, als würde gerade keine Pandemie weltweit wüten? Als wäre damit nicht ein weiterer Punkt zu unserer eh schon langen Liste an existenzbedrohenden Problemen hinzugekommen, allen voran die Klimakrise?

Das Jahresende ist ein guter Zeitpunkt, um sich einzugestehen: Es wird nicht mehr so wie „vor Corona“. Allein die Erfahrung, eine Pandemie zu durchleben, verschwindet nicht einfach so. Wir müssen daraus lernen, welche Mängel und Wunden durch Corona offengelegt wurden und werden. Das bedeutet auch, Zukunftssängste, die durch Armut, Gewalt und Ausbeutung entstehen, mittels politischer Entscheidungen zu nehmen und Raum für Zukunftskonzepte zu bieten, an die wir – nicht nur um Wahlkampf – unsere Hoffnungen knüpfen können.

I want to believe.



PROF. DR. URSULA MÜNCH

ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und lehrt an der Universität der Bundeswehr München.



PROF. DR. PETER BRANDT

lehrt seit 2014 Neuere und Neueste Geschichte an der Fernuniversität Hagen.